



Geschäftsführung Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221)

E-Mail: Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de

Datum: 03.07.2020

Niederschrift

über die **39. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 23.06.2020, 17:00 Uhr bis 19:37 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)
INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung.

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Alexandra Gräfin von Wengersky	CDU
Frau Martina Kanis	auf Vorschlag der CDU-Fraktion
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Frank Hauser	GRÜNE
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ira Sommer	CDU	Vertretung für Herrn Erkelenz von 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr
-----------------	-----	---

Beratende Mitglieder

Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Ulf Florian	SPD
Herr Jürgen Schuiszill	CDU

Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov	Integrationsrat
---------------------	-----------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir	AFD
Frau Judith Wolter	
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
---------------------	-----------------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Dieter Gruner	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Peter Heumann	auf Vorschlag Die Linke.
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, begrüßt alle Anwesenden. Bei der Länge der Tagesordnung bittet er die Petenten und die Fraktionen darum – wie auch in Ratssitzungen üblich – ihre Anliegen in einer fünfminütigen Redezeit vorzustellen.

Zur Tagesordnung gibt er folgende Änderungen bekannt, die einstimmig beschlossen werden:

TOP 1.8 wird auf den 01.09.2020 vertagt, da die Fachverwaltung an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann.

TOP 1.12 wurde von der Verwaltung zurückgezogen, da das Beschlussorgan, die Bezirksvertretung Rodenkirchen, bereits einen abschließenden Beschluss gefasst hat.

TOP 1.14 wird zurückgestellt, da die Bezirksvertretung Porz die Beschlussvorlage noch nicht vorberaten hat.

Herr Schneider, SPD, kritisiert die Länge der Tagesordnung mit 15 Punkten. Man habe sich immer viel Zeit für die Petenten und die einzelnen Themen genommen, dies solle man so beibehalten. Bei einer Beratungsdauer von 25 Minuten komme man auf eine Sitzungsdauer von 375 Minuten. Dies könne man weder den Petenten, noch der Verwaltung und den ehrenamtlichen Ausschussmitgliedern zumuten. Er glaubt, dass zusätzliche Sitzungen in den gesamten Jahresablauf oder als Sondersitzung eingefügt werden müssten. Diese Tagesordnung werde der Sache nicht gerecht.

Herr Pohl, CDU, erklärt, dass man dies so sehen könne und regt aus diesem Grund an die Sitzung zu beginnen. Sollte die Sitzung zu lang werden, könne man sie abbrechen und die offenen Tagesordnungspunkte in die nächste Sitzung verschieben. Er glaubt, dennoch, dass die Tagesordnung ganz kommod zu beraten sei. Er schlägt vor TOP 1.10 mit 1.11 gemeinsam zu beraten.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, führt aus, dass sofern sich ein Thema als so schwierig erweise, dass es einer längeren Beratung bedürfe, es ermöglicht werde. Man werde die Funktion dieses Ausschusses als Ausschuss für Bürgerinnen und Bürger für Anregungen und Beschwerden in gewohnter Weise wahrnehmen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 1.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - Erhöhung der Hundesteuer 104/18
3751/2019
- 1.2 Einsatz von biologisch abbaubaren Hundekotbeutel
4150/2019
- 1.3 Baumfällungen im Kölner Grüngürtel - Eingabe nach § 24 GO
1258/2020
- 1.4 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW- Anregung zu kostenlosem ÖPNV an den
Adventssamstagen (Az. 283/19 B)
1073/2020
- 1.5 Eingabe § 24 GO - Az. 23/19 Kindergartenplatz U3
4233/2019
- 1.6 Eingabe § 24 GO - Az. 158/18 Unterstützung Rechtsanspruch Betreuungs-
platz
0169/2020
- 1.7 Bürgereingabe nach § 24 GO - Förderung von Proberäumen für Kölner
Bands, Aktenzeichen 276/19B
4175/2019
- 1.8 Bürgereingabe nach § 24 GO – Verfahren bei der Genehmigung von PV-
Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden und Förderung von PV-Anlagen -
Aktenzeichen 12/20 B
0597/2020

- 1.9 Zukünftige Nutzung des Verkehrsübungsplatzes in Köln-Poll - Babywald für Köln
4192/2019
- 1.10 Bürgereingabe gem. § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW): Maßnahmen zur Schaffung von mehr Grün- und Erholungsflächen im Stadtteil Kalk (Az.:126/19 B)
2778/2019
- 1.11 Bürgereingabe gem. § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW): Maßnahmen zur Schaffung von mehr Grün- und Erholungsflächen im Stadtteil Kalk (Az.:132/19 B)
0001/2020
- 1.12 zurückgezogen: Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verkehrsführung Marienburg (Az.: 02-1600-256/19)
4393/2019
- 1.13 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Regelpläne für das Parken von Lastenrädern und E-Tretrollern (Az.: 02-1600-266/19)
0818/2020
- 1.14 zurückgestellt: Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Gleueler Straße Höhe Militärring (Az.: 02-1600-211/19)
1005/2020
- 1.15 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verkehrssituation Linder Mauspfad (Az.: 02-1600-76/19)
2286/2019

2 Mitteilungen

- 2.1 Schriftliche Mitteilungen
 - 2.1.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020
 - 2.1.2 Schließung der hausärztlichen Notfallpraxis in Köln-Chorweiler: Sachstandsmitteilung
0380/2020
 - 2.1.3 Bürgereingabe gemäß § 24 GO – Schaffung eines Referates „Stadtgeschichte“ im Kulturamt Az: 185/18, 3948/2019
0543/2020

- 2.1.4 Mitteilung und Sachstandsbericht zu dem Beschluss vom 30.10.2018 - "Ermäßigung im Kölner Zoo für auswärtige Bezieher von Sozialleistungen"
3370/2019
0657/2020
- 2.1.5 Sachstandsbericht des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden 2019
1575/2020
- 2.2 Mündliche Mitteilungen
 - 2.2.1 Eingabe nach § 24 GO NRW - Konsequenz gegen Zigarettenabfall im Stadtgebiet (Think global - act local) (Az: 13/19 und 38/19)
3482/2019
- 3 Anfragen**
 - 3.1 Mündliche Anfragen
 - 3.2 Schriftliche Anfragen
 - 3.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

I. Öffentlicher Teil

1 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

1.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - Erhöhung der Hundesteuer 104/18 3751/2019

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe, spricht sich jedoch gegen eine Erhöhung der Hundesteuer um 300% auf 468,- EUR aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.2 Einsatz von biologisch abbaubaren Hundekotbeutel 4150/2019

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für Ihre Eingabe.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt der Verwaltung, zurzeit keine biologisch abbaubaren Hundekotbeutel einzusetzen, da sie in der Kölner Kompostierungsanlage nicht kompostierbar sind. Er beauftragt die Verwaltung, den Markt zu beobachten. Soweit neue Produkte auf den Markt kommen, sollte geprüft werden, ob diese in der Kölner Kompostieranlage verwertet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Linken zugestimmt.

1.3 Baumfällungen im Kölner Grüngürtel - Eingabe nach § 24 GO 1258/2020

Die Petentin stellt nicht in Frage, dass die Baumfällungen den gesetzlichen Vorgaben entsprechen. Es gehe ihr um eine Abwägung zu Gunsten des Waldklimas und des Klimaschutzes. Es solle unterschieden werden, ob der Baum tot, einzelne Äste vertrocknet oder der Baum kerngesund sei. Es seien nach ihrer Beobachtung viele gesunde Buchen gefällt worden. Sie erklärt, dass nicht die letzten beiden trockenen Sommer, sondern der radikale Kahlschlag dem Wald geschadet hätte. Das Ziel, Bäume möglichst lange zu erhalten, sei nicht sichtbar. Auch im Inneren des Waldes, wo keine Gefahr bestünde, würde herausgesägt. Sie erkläre sich die Abholzung der Bäume – in der Vogelschutzzeit - nur aus wirtschaftlichen Gründen. Es sei in der Vogelschutzzeit abgeholzt worden. Darüber hinaus schwäche jede Fällung den Wald. Sie betont, dass die natürliche Verjüngung des Waldes nicht durch Abholzung geschehe, sondern selbst ein abgestorbener Baum eine Wohltat für das Waldklima sei. Der Erhalt des Waldklimas sei Klimaschutz und müsse neben der Verkehrssicherheit oberste Priorität haben. Nur durch ein intaktes Waldklima könnten Bäume wider-

standsfähiger gegen Wettereinflüsse sein. Sie plädiert dafür, dass gesunde Bäume nicht abgeholzt werden und tote Bäume stehen bleiben, sofern sie die Verkehrssicherheit nicht gefährden.

Herr Dr. Bauer, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, bekräftigt, dass gerade der Erhalt des Waldklimas Klimaschutz sei und genau dies sei die Zielsetzung des Amtes. Die Auswirkungen der letzten beiden trockenen Sommer seien offen diskutiert worden, um auch die Auswirkungen den Menschen zu vermitteln. Dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen sei nicht an Fällungen von aufgrund der Trockenheit abgestorbenen Bäumen gelegen. Aber man müsse hier mit der Verkehrssicherheit abwägen und reagieren, weil es sich um eine hochfrequentierte Grünanlage handle. Er betont, dass in Köln nie Kahlschlag gemacht wurde, auch an dieser Stelle nicht. Man habe sich dazu entschieden in den nächsten Jahren keine reguläre Durchforstung vorzunehmen. Man setze darauf, dass sich der Wald über die Naturverjüngung wieder aufbaue und einen stabilen Wald bilde.

Herr Schneider, SPD, fasst zusammen, dass nun zwei unterschiedliche Meinungen vorliegen und schlägt daher vor, die Beschlussvorlage dem Ausschuss für Umwelt und Grün zur Kenntnis und weiteren Begleitung zu geben.

Frau Akbayir, Linke, dankt der Petentin, unterstützt den Vorschlag und schlägt einen Ortstermin vor.

Herr Horn, Grüne, fragt, wie die Diagnose über den Baum gestellt werde (z. B. Augenschein oder Kratzprobe), ob, in welchem Ausmaß und warum, gesunde Bäume gefällt würden und mit schwerem Gerät in den Wald gefahren werde.

Herr Dr. Bauer antwortet, dass Baumkontrollen ein wesentlicher Bestandteil der Aufgabe seien. Es gebe keine gesetzlichen Vorgaben, wie kontrolliert werden müsse. Hier bilde die Rechtsprechung den Rahmen, die besage, dass von einem besonnenen Menschen durch Inaugenscheinnahme kontrolliert werden müsse. Die Baumkontrollen würden in Köln ausschließlich von Baumkontrolleuren mit der Qualifikation Meister durchgeführt. Diese würden jährlich geschult und hätten keine andere Aufgabe als Bäume zu kontrollieren. Dies erfolge grundsätzlich durch Inaugenscheinnahme und nur im Extremfall oder bei Zweifeln durch eine Untersuchung mit Gerät. Es bedürfe keiner Kratzprobe, da geschulte Menschen sehen, ob Bäume krank seien oder nicht. Es würden keine gesunden Bäume gefällt. Die normale Durchforstung sei aufgrund der vielen Abgänge eingestellt worden. Durchforstungen fänden in der Regel mit Maschinen statt, im Äußeren Grüngürtel und Stadtwald würden zusätzlich Rückepferde eingesetzt, die die Stämme aus dem Wald auf die Wege rücken. Ab dem Weg werden Maschinen eingesetzt. Fahre man mit dem Daumnagel am Ast entlang und darunter sei es grün, lebe der Baum noch. Unter der Rinde befinde sich die lebende Baumschicht, die jährlich neu gebildet werde, das sogenannte Kambium. Wenn das Kambium abgestorben sei, sei auch der Baum abgestorben. Diese Kratzprobe sei in der Regel nicht notwendig, da ein Fachmann sehe, ob der Baum abgestorben sei.

Herr Pohl, CDU, bedankt sich für diese Anregung. Man habe anhand der Ausführungen sehen können, dass die Bäume bei Herrn Dr. Bauer und dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen sehr gut aufgehoben seien. Er schliesse sich der Verwaltungsvorlage an und regt an, diese als Mitteilung in den Ausschuss Umwelt und Grün zu geben, damit das Thema dort behandelt und immer wieder einer Prüfung unterzogen würde.

Herr Horn, Grüne, weist darauf hin, dass man auch die Ursachen, nämlich den Klimawandel und den Klimanotstand bei künftigen Entscheidungen im Blick haben müsse. Er stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden **teilt die Sorge um den Buchenbestand im Kölner Stadtwald** und dankt **der Petentin** für ihre Eingabe.

Die in Frage gestellten Vorgehensweisen des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen bei Baumfällungen entsprechen den gesetzlichen Vorgaben und sind nicht zu beanstanden.

Es ist sicherzustellen, dass – wo möglich – Informationen über Baumfällungen vor Ort durch Hinweisschilder erfolgen.

Frau Akbayir, Linke, zieht den Antrag auf Ortstermin zurück.

Herr Schneider, SPD, beantragt folgende Ergänzung des Änderungsantrags:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Umwelt und Grün.

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden **teilt die Sorge um den Buchenbestand im Kölner Stadtwald** und dankt **der Petentin** für ihre Eingabe.

Die in Frage gestellten Vorgehensweisen des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen bei Baumfällungen entsprechen den gesetzlichen Vorgaben und sind nicht zu beanstanden.

Es ist sicherzustellen, dass – wo möglich – Informationen über Baumfällungen vor Ort durch Hinweisschilder erfolgen.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Umwelt und Grün.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**1.4 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW- Anregung zu kostenlosem ÖPNV an den Adventssamstagen (Az. 283/19 B)
1073/2020**

Herr Schöffmann, Grüne, weist auf den Ratsbeschluss vom 18.06.2020 zum Ausbau der systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung hin und regt an, eine Öffentlichkeitsbeteiligung mit dem Aspekt der Verkehrswendestrategie in die Wege zu leiten und empfiehlt den Beschluss wie folgt zu ergänzen:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt dem Verkehrsausschuss möglichst im Jahr 2021 eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu dieser und weiteren Fragen der Verkehrswende durchzuführen mit dem Ziel einer auch von der Stadtgesellschaft getragenen Verkehrswendestrategie.

Frau Akbayir, Linke, fragt nach dem Sachstand zu dem Prüfauftrag des Verkehrsausschusses zu fahrscheinlosen Tagen.

Her Höhn, KVB, verweist auf Seite 3 der Beschlussvorlage, wonach dieser Prüfauftrag derzeit noch in Bearbeitung sei. Die Bearbeitung habe sich aufgrund der Pandemie verzögert. Für dieses Jahr sei als fahrscheinloser Tag der NRW-Tag vorgesehen gewesen, der jedoch abgesagt werden musste. Er weist auf eine am 18.06.2020 im Rat beschlossene Verdichtung der Taktfolge an Samstagen hin.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, lässt zunächst über den Ergänzungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt dem Verkehrsausschuss möglichst im Jahr 2021 eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu dieser und weiteren Fragen der Verkehrswende durchzuführen mit dem Ziel einer auch von der Stadtgesellschaft getragenen Verkehrswendestrategie.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Grünen **abgelehnt**.

Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe und erkennt auch grundsätzlich dessen Wunsch nach Freifahrten an den 4 Adventssamstagen im Jahr 2020 als Beitrag zur Verkehrswende an.

Eine Umsetzung der vorgeschlagen Maßnahmen sollte aufgrund des fehlenden Verbundgedankens und den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmen derzeit nicht weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**1.5 Eingabe § 24 GO - Az. 23/19 Kindergartenplatz U3
4233/2019**

Herr Schneider, SPD, führt aus, dass der Ausschuss nicht beschließen könne, die Verwaltung zu beauftragen und schlägt daher vor, dies in „bittet“ zu ändern. Er empfiehlt die Beschlussvorlage in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Es gebe häufig Abstürze bei Little Bird und die Erhöhung der Anfrage sollte nicht das Problem sein.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, berichtet von gegenteiligen Erfahrungen mit Little Bird.

Herr Betz, Amt für Kinder, Jugend und Familie, berichtet, dass Köln eine der größten Kommunen Deutschlands sei, die ein solches Vergabesystem habe, und Little Bird bisher noch nie abgestürzt sei. Das bedeute nicht, dass es bei einzelnen Usern zu Hause Abstürze gebe, wenn das Programm nicht stabil laufe. Einen Crash, bei dem niemand auf Little Bird zugreifen könne, habe es bisher noch nie gegeben. Es gebe im Hause elf Support-Mitarbeiter, die Fragen von Eltern beantworten. Im Familienbüro biete man Kurse für Eltern an. Das System würde gut angenommen, schaffe aber nicht mehr Kitaplätze, aber eine geordnete Zuweisung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden der Stadt Köln bedankt sich beim Petenten für die Bürgereingabe nach § 24 GO zum Thema „Kindergartenplatz U3“.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden **bittet** die Verwaltung, alle bestehenden städtischen Kita-Standorte hinsichtlich einer Gruppenerweiterung durch bauliche Maßnahmen zu prüfen und im Bedarfsfall sowie baurechtlicher Genehmigungsfähigkeit auch umzusetzen. Darüber hinaus soll der Ausbau an Einrichtungen zur Kinderbetreuung weiter vorangetrieben werden.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden beschließt vor dem Hintergrund, dass das Vormerksystem Little Bird seit Live Schaltung in Juni 2017 stabil läuft und zufriedenstellend für alle Seiten zu nutzen ist, den Vorschlag des Petenten abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1.6 Eingabe § 24 GO - Az. 158/18 Unterstützung Rechtsanspruch Betreuungsplatz 0169/2020

Herr Betz, Amt für Kinder, Jugend und Familie, kann nachvollziehen, dass Eltern, die keinen Betreuungsplatz erhalten, wünschen, dass ihnen ein Weg zur Umsetzung ihrer Ansprüche aufgezeigt werde. Die Einzelfälle seien aber so komplex, dass es keine Möglichkeit gebe, diese in einem Fünf-Punkte-Plan aufzuführen und zu berechnen. Es gebe seit Neuestem ein Familienbüro in Kalk. Dort habe man in dem überwiegenden Teil eine Betreuungssituation sicherstellen können, sodass eine Betreuung alleine durch die Eltern nur in einem absoluten Ausnahmefall notwendig werde. Ein Dialog mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie unterstütze die Eltern, den erforderlichen Weg zu gehen.

Herr Schneider, SPD, weist darauf hin, dass der Petent geschrieben habe, die Verwaltung habe seit 2018 nicht reagiert. Er hoffe, dass dies nicht der Regelfall sei. Er kritisiert, dass die Beschlussvorlage nicht den Hinweis auf die Beratungsstelle habe.

Herr Betz, Amt für Kinder, Jugend und Familie, erklärt, dass das Familienbüro erst letzte Woche eröffnet habe. Es könne sein, dass Einzelfälle eine längere Bearbeitungszeit aufweisen, doch sei dem Amt sehr an einer zufriedenen Elternschaft gelegen.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt die vielfältigen Beratungsmöglichkeiten der Verwaltung und weist auf das im Juni 2020 neu eingerichtete Familienbüro hin.

Frau Akbayir, Linke, führt aus, dass die Stadt Köln zu wenig für die Schaffung von Kindergartenplätze für Kinder ab einem Jahr tue, sodass sie eine moralische Verpflichtung habe, Eltern den Klageweg so einfach wie möglich zu machen. Sie stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bittet die Verwaltung ihrer moralischen Verpflichtung nachzukommen und Eltern den Klageweg so einfach wie möglich zu machen.

Ergänzungsantrag Linke:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bittet die Verwaltung ihrer moralischen Verpflichtung nachzukommen und Eltern den Klageweg so einfach wie möglich zu machen.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Linke abgelehnt

Ergänzungsantrag Grüne:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt die vielfältigen Beratungsmöglichkeiten der Verwaltung und weist auf das im Juni 2020 neu eingerichtete Familienbüro hin.

Abstimmungsergebnis Ergänzungsantrag Grüne:

Einstimmig zugestimmt

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden der Stadt Köln bedankt sich beim Petenten für die Bürgereingabe nach § 24 GO zum Thema „Unterstützung Rechtsanspruch Betreuungsplatz“.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden beschließt, den Vorschlag des Petenten abzulehnen, da jeder zu prüfende Sachverhalt in diesem Kontext sehr individualisiert ist und die Prüfung auf einer Vielzahl von Bestimmungen beruht und somit eine leicht verständliche Darstellung auf der Seite der Stadt Köln dieser komplexen Grundsatzprüfung nicht gerecht werden kann.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt die vielfältigen Beratungsmöglichkeiten der Verwaltung und weist auf das im Juni 2020 neu eingerichtete Familienbüro hin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.7 Bürgereingabe nach § 24 GO - Förderung von Proberäumen für Kölner Bands, Aktenzeichen 276/19B 4175/2019

Herr Kniola, Kulturamt, weist darauf hin, dass die Anbieter von Proberäumen bei der Herrichtung und Ertüchtigung der Räume durch das Kulturamt gefördert würden. Dies sei ein langfristiger Prozess. Er bittet im dritten Satz des Beschlusstextes das Wort „beauftragten“ durch „geförderten“ zu ersetzen.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, beantragt im letzten Satz das Wort „nicht“ zu streichen. Sie führt aus, dass es auch gerade in Coronazeiten Aufgabe der Verwaltung sei, die Kulturschaffenden zu unterstützen. Sie weist in diesem Zusammenhang auf den Ansatz im Haushaltsplan 2020/2021 hin.

Herr Kniola, Kulturamt, antwortet, dass es im Popkulturbereich im Gegensatz zum Atelierbereich nicht üblich sei, Mietzuschüsse an Bands zu geben. Bei einer im letzten Jahr geförderten Studie sei festgestellt worden, dass es einen sehr großen grauen Markt gebe. Das Kulturamt müsse verhindern, dass Bands in Räume gingen, die nicht den Qualitätskriterien entsprechen oder übersteuert seien. Daher habe sich das Kulturamt für eine langfristige Förderung entschieden und unterstütze die Anbieter der Räume, zumal sich auch häufig mehrere Bands einen Raum teilen.

Frau Domke, FDP, schließt sich den Ausführungen der Grünen an und weist ergänzend darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handle, dem sich der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nicht verschließen sollte.

Herr Florian, SPD, führt aus, dass die Not bei nebenberuflich arbeitenden Bands größer sei und stimmt daher der Verwaltungsvorlage zu. Er fragt, ob die Stadt Köln evtl. Räume ertüchtigen könne, wie beispielsweise alte Bahnhöfe.

Herr Fischer, Grüne, kann die Argumentation nicht nachvollziehen, dass nebenberufliche Musiker mehr unter der Corona Krise leiden sollen als hauptberuflich tätige Musiker, die jetzt monatelang keine Auftrittsmöglichkeiten und damit kein Einkommen hatten.

Änderungsantrag Grüne (letzter Satz des Beschlusssentwurfs ohne „nicht“)

Die Prüfung der Möglichkeit von Mietzuschüssen zur Anmietung von gewerblichen Proberäumen soll ~~nicht~~ weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD **zugestimmt**

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe.

Weiterhin beschließt der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden die Anregung der Bürgereingabe unter Punkt 1 aufzunehmen und beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der Bereitstellung von weiteren Proberäumen in Verwaltung der Stadt Köln bzw. eines entsprechend beauftragten Dienstleisters im Rahmen des beschlossenen Popkulturförderkonzepts. Die Prüfung der Möglichkeit von Mietzuschüssen zur Anmietung von gewerblichen Proberäumen soll ~~nicht~~ weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD **zugestimmt**.

1.8 Bürgereingabe nach § 24 GO – Verfahren bei der Genehmigung von PV-Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden und Förderung von PV-Anlagen - Aktenzeichen 12/20 B 0597/2020

Beschluss:

Der Ausschuss für Beschwerden und Anregungen vertagt die Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.9 Zukünftige Nutzung des Verkehrsübungsplatzes in Köln-Poll - Babywald für Köln 4192/2019

Frau Müssigmann, Stadtplanungsamt, erklärt, dass die Fläche des Verkehrsübungsplatzes in Köln-Poll auf der alten Deponie Colonia, einem hochgradig belasteten Boden, nach den Vorgaben der Aufsichtsbehörde versiegelt werden müsse. Man könnte das Areal auch auskoffern, um es für einen Babywald zu nutzen. Dem stünden aber die außerordentlich hohen Kosten für die Auskoffierung des Areals gegenüber. Daher sei die Fläche für eine Aufforstung nicht geeignet. Zudem gebe es bereits heute in Köln vielfältige Möglichkeiten Bäume aus Anlass der Geburt eines Kindes zu pflanzen. Daher schlage die Verwaltung vor, keinen gesonderten Babywald anzulegen.

Herr Schneider, SPD, stimmt zu, dass der Verkehrsübungsplatz für einen Babywald nicht geeignet sei und fragt nach den Planungen für den Verkehrsübungsplatz.

Herr Fischer, Grüne, bestätigt dies, dennoch finde er die Grundidee eines Babywaldes sehr charmant und stellt daher folgenden Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und begrüßt die Grundidee des Babywaldes. Zur Prüfung alternativer Flächen verweist der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden diese Eingabe in den Ausschuss für Umwelt und Grün.

Frau Akbayir, Linke, begrüßt die Eingabe des Petenten und regt an zu prüfen, auf welchen bisher versiegelten Flächen ein Babywald geschaffen werden könne.

Herr Dr. Bauer, Amt für Grünflächen und Landschaftspflege, weist darauf hin, dass es die Konzepte „Ein Wald für Köln“ und „1000 Bäume für Köln“ gebe, um den unterschiedlichen Ansprüchen, wie zum Beispiel Babywald, Hochzeitswald, Firmenjubiläumswald, entgegen zu kommen. Man erhalte keine neuen Flächen für ein weiteres Projekt. Für „Ein Wald für Köln“ sei die Nachfrage so immens, dass bereits die vierte Fläche ausgewiesen werden konnte.

Frau Müssigmann, Stadtplanungsamt, antwortet, dass für den Verkehrsübungsplatz aufgrund der Vorbelastung eine gewerbliche Nutzung favorisiert werde. Es gebe bereits intensive Gespräche mit einem Gewerbeansiedler aus der Baubranche, der heute schon in Köln ansässig und über mehrere Standorte verteilt sei, weiter expandiere und die Standorte am Verkehrsübungsplatz zusammenziehen möchte. Bei Bestätigung werde in nächster Zeit ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet.

Herr Fischer, Grüne, begrüßt die Maßnahmen des Amtes für Grünflächen und Landschaftspflege, weist aber auf den Symbolcharakter hin, den ein Babywald habe, gerade auch in Zeiten des Klimawandels.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und **begrüßt die Grundidee des Babywaldes. Zur Prüfung alternativer Flächen verweist der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden diese Eingabe in den Ausschuss für Umwelt und Grün.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.10 Bürgereingabe gem. § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW): Maßnahmen zur Schaffung von mehr Grün- und Erholungsflächen im Stadtteil Kalk (Az.:126/19 B) 2778/2019

Die Petentin führt aus, dass die aktuelle Planung zu den Hallen Kalk zugunsten von mehr zusammenhängenden Grünflächen geändert werden solle. Sie lobt das transparente Werkstattverfahren mit den Bürgerbeteiligungen zu den Hallen Kalk, wovon sie keine Kenntnis hatte. Sie möchte sich dafür einsetzen, dass nicht so viel Büroraum und Wohnflächen an dieser Stelle entstehen sollen, sondern mehr Grünflächen realisiert werden. Ihr liege am Herzen, dass der aktuelle Platz der Pflanzstelle ein naturbelassener Ort der Erholung für alle sei. Sie betont, dass in Kalk Orte fehlen, um sich aufzuhalten. Ein besseres Stadtklima käme allen zu Gute. Sie bittet um mehr naturnahes Grün für Kalk, um einen Naturerfahrungsraum und ein Leuchtturmprojekt, das zeige, dass Köln auch anders könne.

Die weitere Diskussion wird gemeinsam mit TOP 1.11 geführt.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe **und begrüßt die Idee von Seiten der Verwaltung ein Fachgespräch über den weiteren Fortgang der Planung zu führen. Im Übrigen wird der Vorgang zuständigkeithalber an die Bezirksvertretung Kalk zur weiteren Verhandlung verwiesen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.11 Bürgereingabe gem. § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW): Maßnahmen zur Schaffung von mehr Grün- und Erholungsflächen im Stadtteil Kalk (Az.:132/19 B) 0001/2020

Die Petentin führt aus, dass, um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in Kalk zu erfüllen, das Thema Stadtgrün in der Stadtplanung für Kalk eine deutlich höhere Bedeutung erhalten müsse. Sie orientiere sich nicht an den Bedürfnissen der Bürger, verkenne ihre soziale Lage und sei angesichts des Klimawandels fatal. Die Stadt Essen zeige ein positives Beispiel. Eine zukunftsorientierte, gesundheitsfördernde und umweltgerechte Stadtentwicklung sei möglich, es brauche aber den politischen Willen und eine Vision. Der Zugang zu Grün- und Erholungsflächen sei auch eine soziale Frage. Die sozioökologische und finanzielle Ungerechtigkeit sei gerade auch zu Pandemiezeiten deutlich geworden. Die Notwendigkeit von neuem Wohnraum gegen Grünflächen auszuspielen sei nicht fair. Sie freut sich, dass die Pflanzstelle Kalk in der Nähe des bisherigen Ortes erhalten werde. Sie wünscht, dass der noch zu beschließende Bebauungsplan zu Gunsten von mehr Grünflächen in Kalk geändert würde. Sie fordert barrierefreie Verbindungen zu den außen liegenden Grünflächen und innerhalb der zersplitterten Grünflächen in Kalk, mehr attraktive naturnahe Grünflächen im Stadtteil und eine die Biodiversität fördernde Gestaltung von bisherigen Grünflächen. Sie bedauert, dass die Beschlussvorlage keine Vorschläge der Eingabe aufgreife. Ein erster Schritt könne ein Fachgespräch oder ein Runder Tisch sein.

Frau Müssigmann, Stadtplanungsamt, betont, dass man im Werkstattverfahren zu den Hallen Kalk einen umfangreichen Dialog geführt habe und die Planung aufgrund der vorgetragenen Wünsche nochmals verändert wurde. Sie führt aus, dass Flächen wie MHD-Gelände, CFK-Areal, Hallen Kalk und Hamacher Gelände eine industriell-gewerbliche Vorprägung hätten und zu nahezu 100 % versiegelt waren. In allen planerischen Prozessen habe man sich damit auseinandergesetzt, wie für Kalk ein Optimum entwickelt werden könne. So wurden Spielplätze, Wegeverbindungen oder auch der Bürgerpark realisiert. Die Pflanzstelle Kalk sei beispielsweise aufgrund der Wünsche der Bürger bei der Planung berücksichtigt worden. Stadtplanung sei immer ein Aushandlungsprozess unterschiedlicher Interessen. Die Flächen, die über eine gute Anbindung an die KVB verfügen, sollen für Wohnungsbau genutzt werden, sodass nicht in einem Außenbereich noch viel größere Eingriffe erforderlich seien. Sie bietet an, das Gespräch gerne an anderer Stelle fortzusetzen.

Herr Dr. Bauer, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, betont, dass die Anforderungen sehr bewusst seien und stimmt zu, dass die Planung immer ein Aushandlungsprozess sei, in den man sich intensiv einbringe. Wenn alte Industrieflächen aufgegeben würden, gebe es immer die Chance neue Grünflächen zu schaffen. Es gebe Konzepte, wie Grünflächen wie die Merheimer Heide mehr in Richtung naturnahes Grün gebracht werden können. Er begrüßt den Vorschlag ein Fachgespräch mit dem

Stadtplanungsamt und dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen sowie den Petentinnen zu führen, um weitere Details zu besprechen.

Herr Schneider, SPD, fragt die Petenten, ob sie mit dem Vorschlag von Frau Müssigmann einverstanden seien, ein Fachgespräch zu führen.

Herr Schuiszill, CDU, bedankt sich bei den Petentinnen für die Eingaben. Er weist darauf hin, dass die Politik bei neuen Planungen Grünflächen nach Möglichkeit berücksichtige. Er berichtet, dass sich im Werkstattverfahren Hallen Kalk viele Bürger beteiligt hätten und viele unterschiedliche Interessen aufeinander getroffen seien. Man habe letztendlich den Grünanteil, der auf einer versiegelten Fläche entstehe, erhöht. Das Ergebnis des Werkstattverfahrens sei ein Konsens gewesen. Die Planung befinde sich in der Umsetzung und könne nicht wieder von vorne begonnen werden. Damit würde man sehr viele Bürger vor den Kopf stoßen, die sich bisher an den Planungen beteiligt hätten und jetzt Umsetzungen erwarten. Bei der Ausführung könne ein noch stärkeres Augenmaß in Richtung der angesprochenen Durchwegung, zusätzlicher Grünflächen und ähnlichem aufgenommen werden.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, bedankt sich bei den Petentinnen. Ein Fachgespräch zu führen sei eine großartige Idee. Sie weist auf die Zuständigkeit der Bezirksvertretung hin, die über die Ergebnisse zu informieren sei. Sie merkt an, dass die unterschiedlichen Interessen wie sozialer Wohnungsbau oder mehr Grünflächen u.a. oft gegeneinander ausgespielt würden. Solch umfängliche Ideen und Prozesse, die von Bürgern ausgehen, seien auch gut bei den Öffentlichkeitsbeteiligungsmaßnahmen untergebracht.

Frau Akbayir, Linke, bedankt sich für die umfangreichen Eingaben und unterstützt den Vorschlag eines Fachgesprächs.

Die Petentinnen begrüßen ebenfalls ein Fachgespräch.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe **und begrüßt die Idee von Seiten der Verwaltung ein Fachgespräch über den weiteren Fortgang der Planung zu führen. Im Übrigen wird der Vorgang zuständigkeitshalber an die Bezirksvertretung Kalk zur weiteren Verhandlung verwiesen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.12 zurückgezogen: Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verkehrsführung Marienburg (Az.: 02-1600-256/19) 4393/2019

Durch den bereits erfolgten Beschluss des Beschlussgremiums, Bezirksvertretung Rodenkirchen, ist die Eingabe erledigt.

1.13 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Regelpläne für das Parken von Lastenrädern und E-Tretrollern (Az.: 02-1600-266/19) 0818/2020

Frau Röhnau, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, berichtet, dass die Straßenverkehrsordnung nun geändert worden sei und eine Planung angeregt werden könne, wie dies der Beschlusstext vorsehe.

Herr Fischer, Grüne, stimmt der Beschlussvorlage zu. Er führt aus, dass die Parkplätze für Lastenräder im Seidmacherinnengässchen komplett mit normalen Fahrrädern zugeparkt seien. Hier müsse die Verwaltung gegebenenfalls mit der Politik nach Möglichkeiten suchen, wie dies unterbunden werden könnte.

Herr Nigmann, Seniorenvertreter, rät dazu, auch für die auf den Bürgersteigen stehenden Elektroroller den entsprechenden Parkraum zur Verfügung zu stellen. Außerdem stünden oder führen die Lastenräder auf den Bürgersteigen, ohne dass man jemanden habhaft machen könne, da sie ohne Kennzeichen fahren.

Herr Schneider, SPD, erklärt, dass es zu wenig sei, wenn sich die Fachverwaltung nur auf die Straßenverkehrsordnung beziehe. Es gebe seit einem Jahr E-Scooter, die überall herumstünden, hierzu müsse es eine grundsätzliche Regelung geben. Die Verwaltung müsse ein Konzept erarbeiten, wie man mit den Leihanbietern und neuen Verkehrssystemen zurechtkomme, wie man das Parken ordne und neue Parkplätze schaffe und wie man aufräume, wenn alles kreuz und quer liege.

Herr Dr. Höver, Bezirksamt Innenstadt, führt aus, dass es so viele neue Arten von Verkehrsmitteln gebe, die sich auf dem eigentlich für Fußgänger reservierten Raum bewegten oder abgestellt würden. Dazu seien auch Verkehrs- und Ordnungsämter im Bereich des Deutschen Städtetages im Gespräch. Es müsse ein umfangreiches Konzept erarbeitet werden. Dies sei jedoch nicht im Rahmen der Petition zu lösen.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, berichtet, dass in Paris Leihräder in eine Box gestellt und abgeschlossen würden, ansonsten gebe es eine empfindlich hohe Strafe. Im AVR habe Herr Dr. Keller ausführlich die juristischen Gründe dargelegt, warum das in Köln nicht möglich sei. Düsseldorf habe das Problem mit den E-Scootern allerdings gelöst. Sie bittet, den Beschluss um den Auftrag an die Verwaltung zu ergänzen, eine Lösung herbeizuführen, wie man im öffentlichen Raum Ordnung schaffe. Sie weist darauf hin, dass über eine Kennzeichenpflicht der Bund entscheide.

Herr Hauser, Grüne, fragt, ob die Stadt dies nicht in einer Satzung regeln könne.

Herr Dr. Höver, Bezirksamt Innenstadt, führt aus, dass zunächst in einem Konzept geklärt werden müsse, wie der öffentliche Raum aufgeteilt werden soll. Eine Satzung sei am Ende das Instrument, um die ordnungsrechtliche Ahndung zu ermöglichen.

Herr Schneider, SPD, spricht sich dafür aus die Verwaltung zu bitten, dieses Problem anzugehen und eine Lösung zu erarbeiten.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für die Eingabe und **bittet die Verwaltung, ein Gesamtkonzept für das Parken der neuen Verkehrsmittel (u.a. E-Scooter, Leihräder, Lastenfahrräder) im öffentlichen Raum zu erarbeiten und dem AVR sowie dem AuB zur Kenntnis zu geben.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**1.14 zurückgestellt: Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Gleueler Straße Höhe Militärring (Az.: 02-1600-211/19)
1005/2020**

Zurückgestellt, da die Vorberatung der Bezirksvertretung Lindenthal noch nicht vorliegt.

**1.15 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verkehrssituation Linder Mauspfad
(Az.: 02-1600-76/19)
2286/2019**

Herr Fischer, Grüne, weist auf den Beschluss der Bezirksvertretung Porz, Anlage 5 der Beschlussvorlage hin, und schlägt vor, den ersten Satz des Beschlusses zu übernehmen. Der zweite Satz habe sich laut Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Herr Florian, SPD, berichtet, dass die B8 in der Tat ausgebaut sei und es keine Umleitung mehr gebe. Es sei sehr wichtig, dass die Kontrollen genau in den Zeiten stattfinden, die die Bezirksvertretung Porz beschlossen habe, weil dies die Berufsverkehrszeiten der Kaserne seien.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe und **bittet die Verwaltung im regelmäßigen Turnus von einem Monat, Messstellen im Rahmen der mobilen Einsatzplanung vorzugsweise in der Zeit von 6 bis 9 Uhr und 14 bis 17 Uhr zu errichten.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Mitteilungen

2.1 Schriftliche Mitteilungen

**2.1.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020**

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

**2.1.2 Schließung der hausärztlichen Notfallpraxis in Köln-Chorweiler: Sachstandsmitteilung
0380/2020**

Frau Paffen, SPD, fragt, ob es seit dem Datum der Mitteilung einen neueren Sachstand gebe. Sie betont, dass für den neuen Stadtteil Kreuzfeld mindestens Räumlichkeiten für eine Arztpraxis vorzusehen seien, besser wäre eine Notfallpraxis, ein Facharztzentrum oder im allerbesten Fall ein Krankenhaus für den Kölner Norden.

Herr Erkelenz, CDU, berichtet, dass man bereits auf Grundstückssuche sei, Kontakte zu Kliniken geknüpft habe und einiges Hoffnungsvolle in die Wege geleitet wurde. Man hoffe auf eine positive Entwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

**2.1.3 Bürgereingabe gemäß § 24 GO – Schaffung eines Referates „Stadtgeschichte“ im Kulturamt Az: 185/18, 3948/2019
0543/2020**

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, bittet die Mitteilung auch an die beiden Petenten zu geben.

Frau Domke, FDP, weist darauf hin, dass es zwei Eingaben zu diesem Thema gab und die Petenten nach ihrer Kenntnis noch nicht informiert worden seien.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

**2.1.4 Mitteilung und Sachstandsbericht zu dem Beschluss vom 30.10.2018 -
"Ermäßigung im Kölner Zoo für auswärtige Bezieher von Sozialleistungen" 3370/2019
0657/2020**

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

**2.1.5 Sachstandsbericht des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden
2019
1575/2020**

2.2 Mündliche Mitteilungen

**2.2.1 Eingabe nach § 24 GO NRW - Konsequenz gegen Zigarettenabfall im
Stadtgebiet (Think global - act local) (Az: 13/19 und 38/19)
3482/2019**

Herr Dr. Höver, Bezirksamt Innenstadt, weist darauf hin, dass es zu dem Thema zwei Eingaben gab. An einen Petenten hat der Ausschuss konkrete Fragen gerichtet, die er im Nachgang beantworten wollte. Dieser Petent habe nun seine Eingabe zurückgezogen. Die weitere Petentin halte ihre Eingabe aufrecht, sodass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden die vertagte Beschlussvorlage wieder aufgenommen werde.

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

3.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, wünscht allen erholsame Ferien und kündigt an, dass es nach seiner letzten Sitzung am 01. September ein gemütliches Beisammensein geben soll.

gez. Thelen
Ausschussvorsitzender

gez. Dederichs
Schriftführerin